Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,50 RM. Rabatt nach Staffel D. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 1

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 20 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 21601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 110 | Sonntag, 12. Mai 1935 | 43. Jahrgang

Englisch-französischer Schritt in Rom?

Kundgebungen zum Muttertag — Paris pessimistisch über Lavals Besuch in Warschau — Die Tagung der Balkanstaaten

Gefahrenherd Abessinien

Londoner und Pariser Besorgnisse über das Vorgehen Italiens — Neue Bedrohung der Geltung des Völkerbundes

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 11. Mai

Von den großen außenpolitischen Problemen beschäftigt im Augenblick England die abessinische Frage am meisten. Man betrachtet die Lage hier als so ernst, daß man sich zu einer diplomatischen Aktion aufgerafft hat und durch den Botschafter in Paris mit dem Quai d'Orsay in Verbindung getreten ist. Bezeichnenderweise hat die französische Regierung aus eigenem Antrieb zur selben Zeit einen ähnlichen Schritt in London unternommen. Beide Regierungen beabsichtigen, die römische Regierung auf die möglichen ernsten Folgen eines aggressiven Vorgehens aufmerksam zu machen. Da Laval zur Zeit in Warschau weilt, wird der gemeinsame englisch-französische Schritt in Rom wahrscheinlich noch um einige Tage verzögert werden. Man ist aber gewillt, noch vor dem Zusammentreten des Völkerbundsrates am 20. Mai in Rom vorstellig zu werden.

Das Verhalten Englands ist keineswegs von Sympathiegefühlen für Abessinien bestimmt. Der tiefere Grund liegt vielmehr in der europäischen Politik. England hat sich seit Stresa in dem Gedanken einer engeren englisch-französisch-italienischen Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes gewiegt, und diese scheint nun bedroht. Wenn es bis zum Zusammentreten des Völkerbundes nicht zur Bildung der früher schon einmal beschlossenen italienisch-abessinischen Schlichtungskommission kommt, wird der Völkerbundsrat eingreifen müssen. Auf jeden Fall wird Abessinien eine Entscheidung des Völkerbundsrates verlangen, die praktisch auf eine moralische Verurteilung Italiens hinauslaufen würde.

England und, wie es scheint, auch Frankreich machen jetzt Italien den Vorwurf, daß es sich keineswegs „wie ein Völkerbundsmitglied" verhalte. Es braucht nicht ausgeführt zu werden, wie Italien eine Verurteilung durch den Völkerbundsrat aufnehmen würde. Jedenfalls könnte dann von einer englisch-französisch-italienischen Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes nicht im geringsten mehr die Rede sein. Ueber dieses Völkerbundsproblem hinaus sieht man in England auch andre „Gefahren". Man weist darauf hin, daß aus seiner ganzen Charakterveranlagung heraus Mussolini sich so in das abessinische Abenteuer verbeißen werde, daß er immer mehr Truppen nach Afrika werfen und dadurch in dem gegenwärtigen europäischen Kräfteverhältnis grundsätzliche Aenderungen eintreten lassen würde. Den von italienischer Seite gemachten Einwand, daß die Abessinien-Frage eine Angelegenheit sei, die Italien allein zu regeln habe und die den Völkerbund nichts angehe, weist man in England mit dem Hinweis auf die Rolle, die Mussolini in Stresa gespielt hat, zurück.

England, das das von ihm so sehr propagierte System einer „kollektiven Sicherheit" in Europa jetzt aufs höchste gefährdet sieht, möchte also unbedingt eine Diskussion und natürlich auch eine gegen Italien gerichtete Entschließung des Völkerbundes vermeiden. In welcher Form England sich die Lösung denkt, ist noch unklar. Wie aber einige Artikel der heutigen Morgenpresse, insbesondere der des „Daily Telegraph", erkennen lassen, ist England ernsthaft gewillt, zumindest einen Teil der italienischen Forderungen sich selbst zu eigen zu machen. In seinem Leitartikel spricht der „Daily Telegraph" davon, daß rechtmäßige italienische Ansprüche auf Aethiopien durch Unterstützung von Frankreich und England leichter durchgesetzt werden könnten. Nur müsse man sich zur Durchsetzung dieser Ansprüche andrer Methoden bedienen, als der eines bewaffneten Konfliktes. Man erkennt freilich nicht, was unter diesen „rechtmäßigen Ansprüchen" zu verstehen ist, ob sie sich auf die Bestimmung des 1906 zwischen England, Frankreich und Italien abgeschlossenen Vertrages der Aufteilung Abessiniens in Interessensphären oder auf den abessinisch-italienischen Vertrag von 1908 über die Grenzregelung in Somaliland beziehen.

Heute trifft der italienische Unterstaatssekretär Ciano, der Schwiegersohn Mussolinis, in London ein. Die Tatsache der Londonreise Cianos wird völlig geheim gehalten. Keine der englischen Zeitungen berichtet darüber. Aus gut unterrichteter Quelle hört man jedoch, daß Ciano trotz des Inkognitos, unter dem er reist, in London bedeutsame Besprechungen führen wird.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 2)

Kühler Empfang Lavals in Warschau

Die Pariser Sonderberichterstatter sind unzufrieden

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 11. Mai

Die Warschauer Reise des französischen Außenministers Laval scheint unter einem wenig günstigen Stern zu stehen. Alle französischen Journalisten, die ihn begleiten, senden schwarzgefärbte Berichte nach Paris und erzählen, daß das französisch-polnische Verhältnis überhaupt nicht mehr schlechter sein könne. Sogar der „Petit Parisien", der in solchen Fällen als offiziös betrachtet werden muß, bezeichnet den Empfang Lavals als „äußerst kühl". Er hebt mit den andern Blättern hervor, daß in Berlin auf dem Bahnhof der polnische Botschafter gefehlt habe, während der Sowjetbotschafter anwesend gewesen sei. Auch an der polnischen Grenze sei der Vertreter Frankreichs nur von „untergeordneten Beamten" empfangen worden. In Warschau selbst habe sich zwar der Außenminister Beck auf dem Bahnhof persönlich eingefunden, aber auch dort sei der Empfang frostig gewesen, zumal er auf einem kleinen Vorstadtbahnhof stattgefunden habe, um, wie der „Petit Parisien" berichtet, Kundgebungen zu vermeiden. Das Blatt bemüht sich in diesem Zusammenhange glaubhaft zu machen, daß der Gesundheitszustand Pilsudskis wirklich sehr ernst sei und es sich bei seiner Weigerung, Laval zu empfangen, nicht nur um eine „diplomatische" Krankheit gehandelt habe. Na,

Was das Politische angeht, so meint das offiziöse Blatt, daß Laval nicht in Polens Hauptstadt sei, um zu verhandeln, sondern nur zu einem „Meinungsaustausch". Dabei soll, so wiederholt man, vor allem die Haltung Polens bezüglich des russischen Paktes festgestellt und das französisch-polnische Bündnis auf diesen Pakt zurechtgebogen werden. Man würde auch einen Nichtangriffspakt und ein Konsultativverfahren für Osteuropa besprechen, die beide vielseitig sein sollen, um so gewissermaßen eine Art Ersatz des ursprünglichen Ostpaktes zu werden, der durch Deutschlands Gegnerschaft und Polens Zurückhaltung unmöglich gemacht worden sei. Auch der Donaupakt soll Gegenstand der Verhandlungen sein, da Polen darin eingeschlossen werden möchte.

„Oeuvre" meint heute, die französisch-polnischen Beziehungen trügen nun keinerlei gefühlsmäßige Note mehr, sondern nur noch eine „geschäftliche", was sich sowohl in den Kanzleien, wie auch in den polnischen Zeitungen feststellen lasse. Das Mißtrauen Polens gegen Rußland falle einem in Warschau sofort besonders auf, wobei das Blatt dann an Pilsudskis Ausspruch in Gegenwart Briands im Jahre 1927 erinnert: „Eines Tages wird in Deutschland ein Genie die Macht ergreifen und dann wird Polen sich wohl mit Berlin versöhnen können. Aber mit Rußland: das wird immer unendlich schwierig bleiben." Irgendwelche Ergebnisse politischer Art sind nach den französischen Blättern von dem Besuch Lavals in Warschau nicht zu erwarten.

Von Sonntag zu Sonntag

Was im Ausland geschah — Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche

Frieden und Status quo

Die Zahl der Konferenzen, Vorkonferenzen und Vorbesprechungen wächst fast ins Grenzenlose. Die englisch-französische Februarkonferenz gebar die Konferenz von Stresa, Die Konferenz von Stresa zeugte die Unglückstagung von Genf und den Gedanken einer Donaukonferenz in Rom. Der Weg zu dieser römischen Großkonferenz, deren Zusammentritt mittlerweile stillschweigend vom Mai auf Juni verschoben wurde, ist mit Kleinkonferenzen geradezu gepflastert.

In Venedig trafen sich die Vertreter Ungarns und Oesterreichs mit dem italienischen Staatssekretär Suvich. Ueber das Ergebnis ist außerordentlich wenig zu erfahren. Italiens derzeitige Aufgabe besteht darin, nach Möglichkeit zu einem Ausgleich zu kommen, der sowohl den alten ungarischen Freund befriedigt, wie auch die Gefolgsmannen des neuen französischen Freundes im Lager der Kleinen Entente. Diese Aufgabe ist bisher nicht gelöst. Zwar ist Ungarn grundsätzlich bereit, an der Donaukonferenz teilzunehmen; es stellt aber gewisse Bedingungen, die vor allem die Gestaltung des sogenannten Nichteinmischungspaktes betreffen. (Auch in Venedig wurde klar, wie schwer es ist, den Begriff dessen, was man unter Nichteinmischung versteht, zu klären, aus dem ganz einfachen Grunde, weil jeder der beteiligten Staaten unter „Nichteinmischung" etwas ganz andres verstanden wissen will.)

Auch die Frage der künftigen Wehrverfassung Ungarns und Oesterreichs ist noch nicht gelöst. In Budapest hält man an der Forderung nach allgemeiner Wehrpflicht fest. Italien konnte auf diesen Wunsch bisher nur mit Vertröstungen auf spätere Konferenzen und — Genf antworten. Und selbst wenn es sich auch selber grundsätzlich auf die ungarischen Forderungen festlegen sollte, so könnte es das nur für sich, was in einer französischen Havasmitteilung auch sofort vorsorglich festgestellt wurde.

Schuschnigg in Florenz

Ein weiterer Beweis dafür, daß in Venedig nicht alles glatt gegangen ist, liegt darin, daß der österreichische Ministerpräsident Schuschnigg plötzlich unbezwingliche Lust bekam, einen Urlaub in Florenz zu verbringen, wo dieser Tage das internationale Musikfest stattfindet. Er wird dort aber nicht nur den Wiener Philharmonikern lauschen, sondern auch eine Begegnung mit Mussolini haben, der am Sonntag im Flugzeug nach Florenz kommen will. Und vom Duce weiß man, daß er nicht ohne zwingenden Grund seinen Arbeitstisch in Rom verläßt, um am Arno mit Herrn Schuschnigg spazieren zu gehen und Musik zu hören.

Gleichzeitig wird auch eine Begegnung zwischen Suvich und dem jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenminister Jeftitsch angekündigt, der eine sehr freundlich gehaltene italienische Einladung erhielt, auf der Reise nach Genf zur Ratstagung, die dort am 20. Mai beginnt, in Venedig Station zu machen. Jeftitsch hat die Hände außenpolitisch etwas freier, da die Wahlen in Jugoslawien ihm eine Mehrheit gaben, wenn auch die Stimmen der Opposition, die zum ersten Male seit Beginn der Diktatur zur Wahlurne gehen durfte, vor allem in Kroatien stark gestiegen sind. Immerhin fielen von 2 600 000 Stimmen über 1 600 000 auf die Liste des Ministerpräsidenten, der den jugoslawischen Einheitsgedanken, das Erbe des in Marseille ermordeten Königs Alexander, vertritt. Aber auch für den Kroaten Matschek, der erst von Jeftitsch aus dem Gefängnis entlassen wurde, blieben 900 000 Stimmen übrig. Allerdings wird sich diese Opposition im Parlament nicht voll auswirken, da nach dem jugoslawischen Wahlgesetz diejenige Liste, die die Stimmenmehrheit erhält, drei Fünftel der Parlamentssitze bekommt. In der zukünftigen Belgrader Kammer dürften also etwa 300 Regierungsabgeordnete 60 Oppositionsvertretern gegenüberstehen.

„Drahtverhau des Friedens"

Noch vor der Begegnung mit Suvich trifft der jugoslawische Ministerpräsident seine Kollegen aus den Balkanländern auf einer Konferenz in Bukarest, wo sich die Mitglieder des Balkanbundes (Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei) zusammengefunden haben. Den Auftakt zu dieser Konferenz bildete eine Demonstration, gegen jede Revision in Südosteuropa gerichtete Rede des Rumänen Titulescu, der das Paktnetz, das Europa zu überziehen beginnt, begeistert als ein „Drahtverhau des Friedens" pries. Der Frieden braucht gewöhnlich zu seiner Sicherheit keine Drahtverhaue. Drahtverhaue sind eine ziemlich kriegerische Angelegenheit. Und wenn Titulescu „Frieden" sagt, meint er die Aufrechterhaltung des „Status quo", wie er in den Friedensverträgen von Versailles, Neuilly und Trianon im Jahre 1919 festgelegt wurde. Aus dieser Gleichsetzung von Frieden und Status quo geht die Ablehnung jeder Revisionsmöglichkeit für Ungarn und Bulgarien hervor, denen man höchstens die fromme Aussicht auf Artikel 19 des Völkerbundspaktes gönnen will, der unter allen möglichen Vorsichtsmaßregeln unter Umständen und wenn Einstimmigkeit erzielt wird, eine Revision bestimmter Klauseln der Friedensverträge möglich macht. Aber: It's a long way to Tipperary (Es ist ein weiter Weg nach Tipperary), wie es in einem alten englischen Soldatenlied heißt. Und die Enkel der jetzt lebenden Generation in Ungarn und Bulgarien würden selbst längst Großväter geworden sein, ehe auf diesem Weg eine Revision der Verträge von Neuilly und Trianon möglich geworden wäre.

Man traut allerdings der französischen Politik, so begeistert sie von Titulescu auch gepriesen wurde, nicht mehr vollständig, seitdem sich Frankreich so eng an Italien anzulehnen begann, und fürchtet, daß Frankreich unter dem Einfluß Roms und Londons weniger ängstlich um seine kleinen Verbündeten des vergangenen Jahrzehnts besorgt sein würde. Deshalb arbeitet man, wenn gewisse Berichte den Tatsachen entsprechen, mit kleinen Druckmitteln. Zu diesen Druckmitteln gehört die Drohung mit der Aufrollung der Dardanellenfrage, das heißt, mit der Befestigung der Dardanellen, die der Türkei durch den Vertrag von Lausanne verboten ist. Wir Deutschen haben keinerlei Interesse daran, den sehr verständlichen Wünschen der Türkei, die sich dank der überragenden Persönlichkeit Kemal Paschas aus der tiefsten Erniedrigung zu einem festen, starken neuen Nationalstaat emporgeschwungen hat, entgegenzutreten. Aber dem Balkanbund, vor allem den Griechen und Rumänen, ist an der Erfüllung dieser türkischen Wünsche an sich sehr wenig gelegen. Sie wollen ihn nur als Druckmittel benutzen, falls die Großmächte, vor allem England, sich allzu stark dem Revisionsstandpunkt in Bukarest und Sofia annähern sollten.

Laval in Warschau

Unterdessen ist der französische Außenminister Laval über Warschau nach Moskau abgereist, aber der Besuch in Moskau ist augenblicklich etwas in den Hintergrund getreten. Dort haben im wesentlichen die Wirtschaftler und die Generalstäbler jetzt das Wort. Diplomatisch dagegen ist noch viel Arbeit vom französischen Standpunkt aus in Warschau zu leisten. Und deswegen ist die Zwischenstation Warschau politisch im Augenblick taktisch wichtiger als das Endziel Moskau. Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden müssen, ist über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Laval und dem polnischen Außenminister Beck (Pilsudski hatte einen Empfang aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt) noch nichts zu erfahren. Der Empfang des Außenministers war höflich, aber auch kühl. Man läßt es den Franzosen fühlen, daß Polen zu einer

„Was der Mann einsetzt an Heldentum auf dem Schlachtfelde, setzt die Frau ein in ewiger geduldiger Hingabe, in ewig geduldigem Leiden und Ertragen. Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für Sein oder Nichtsein ihres Volkes"

Dieses Wort Adolf Hitlers steht sinngebend über dem Muttertag. Das Volk muß den Müttern dankbar sein, muß sie in tätiger Liebe ehren, muß ihnen helfen in der Erfüllung ihrer weiteren großen völkischen Aufgabe, die Kinder zu charakterstarken, gesunden Menschen zu erziehen. Verpflichten wir uns alle dazu: dann sind wir der Forderung des Muttertages gerecht geworden.

SLUB
Wir führen Wissen.